

Gegenüber der „Vol. Rkt.“ zu der Erklärung auftritt, daß in der europäischen Frage eine österreichische Rolle nicht erfordert. Alles was seitens Österreich-Ungarns in dieser Angelegenheit geschehen, bezieht sich auf die einzelne Mitteilung des Sekretär Österreich-Ungarns zu den Säulen Englands und Frankreichs in Griechenland.

Belgrad 24. Juni. Griechen lehnt aus Gesundheitsgründen den ihm angebotenen Gelandeabsatz in Wien ab. Der Minister des Innern,

Nacht-Telegramme.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,

Unterhaltung, Geschäftsvorkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredakteur: Dr. Emil Bierley. Druck und Abonnement der Herausgeber: Berantwortet, Redakteur:

Herr das Zeitung: Ludwig Hartmann. Liepach & Reichardt in Dresden. Historisch Pohlken in Dresden.

Rosenbouquets

mit natürlichen Stielen (ohne Draht), daher lange blühend, empfiehlt auch nach auswärts bei billiger Verpackung zu div Preisen Paul Ruschpler, Dresden.

Gegenwärtig grosse Rosen-Ausstellung.

Nr. 176. 24. Jährg. 1879.

Abonnement.

Die geachten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten“ bitten wir, daß Abonnement für das dritte Quartal 1879 baldigst erneuern zu wollen, damit wir die Nummern ohne Unterbrechung weiter liefern können.

Sämtliche Postanstalten des deutschen Reichs und Auslandes nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

In Dresden abonnirt man (incl. Bringerlohn) vierteljährlich mit 2 Mark 50 Pf., bei den kaiserlichen Postanstalten in Sachsen mit 2 Mark 75 Pf.

Expedition der Dresdner Nachrichten, Marienstr. 13.

Politisches.

Widerlich erscheint der Gebrauchsstreit, der bereits unter den Bonapartisten ausbrach; um so widerlich, als ja kein Gebrauch in greifbarer Form vorhanden ist. Die Bonapartisten gebeten sich so, als ob sie unmittelbar einen Thron zu besetzen hätten oder ihn zu besetzen doch berechtigt wären. Einstweilen besteht die Republik und wenn man sie besetzen will, um die Monarchie wieder in ihre alten Rechte einzuführen, so verdient das legitime Königthum allein den Vorzug vor der Usurpation des Thrones durch die Familie eines glücklichen Soldaten. Die jetzige Regierung Frankreichs wird es kaum zulassen, daß Prinz Jérôme, den sie bisher als ungefährlich im Bunde duldet, noch länger verweilt, sobald er sich selbst an die Spitze der kaiserlichen Partei stellt. Seine Landesverweisung stünde dann bevor. Aus dem Familien-Consil der Napoleonen ist der rothe Prinz schon längst ausgeschlossen worden und zwar auf den Antrag des Ministers Rouher hin. Gossignac aber hat noch vor kurzem diesen Prinzen in den größten Ausdrücken aus der bonapartistischen Partei überhaupt hinausgeworfen. Tropfern ist es keinem Zweifel unterworfen, daß nach dem Hausescheide der Napoleon Prinz Jérôme als Familienoberhaupt anuerkennen ist. Dieses Hauseschreie wurde am 20. April 1870 vom damaligen Senat beschlossen und am 8. Mai darauf durch das Plebiscit von dem Volle der Franzosen bestätigt. Rouher und Gossignac müssen sich, so sauer es ihnen ankommen mag, dem fügen. Letzterer spielt freilich den Sohn Victor gegen den Vater Jérôme aus. Aber der Vater will selbst die Rolle einnehmen, die der Hof Gassagnac's dem 17-jährigen Prinz-Gymnasiaten Victor zugebracht hat. Mögen indessen die Hörer der Bonapartisten Streit schlichten, wie immer; schwer zu glauben ist, daß die bonapartistische Partei im Bunde selbst den Sprung von Napoleon IV. zu Plon-Plon oder zu dessen überigens sehr talentlosen Sohn Victor mitmachte. Die bonapartistische Partei war schon bisher durchaus nicht so einig, wie man wohl glauben möchte. Die bonapartistischen Senatoren und Deputirten stimmen in den wichtigsten Fragen gegen einander; z. B. beiheilten sich etliche an der Wahl Groux's, andere enthielten sich der Abstimmung; bei der Annession, der Blanqufrage und der Rückkehr der Kammern nach Paris traf man die Bonapartisten auf beiden Seiten der Stimmbenden. Nur die Crispien des kaiserlichen Junglings, der soeben unter dem Grinsen von Wilden in dem Schilde des Kaiserslandes niedergestreckt wurde, hielt die Partei äußerlich zusammen. Voraussichtlich schließen sich die conservativen Imperialisten, für welche die Napoleonie nur die Fortsetzung der altfranzösischen Monarchie von Gottes Gnaden waren, nunmehr den Legitimisten an. Die liberalen Bonapartisten werden sich der Republik nähern. Die Gruppe, die dem ehemaligen Seinepräfekten Hausmann folgt, hat ohnehin schon ihre prinzipielle Opposition wiederholt aufgegeben und das treffliche Wort des früheren Finanzministers Magne beherrschigt: „Man muß alle Regierungen hindern, das Schlechte zu thun und sie unterstützen, das Gute zu vollbringen.“ Endlich ist eines zu berücksichtigen: der menschliche Egoismus. Die Republik wirkt unbarbarisch alle Bonapartisten aus den Aemtern und Ehrenstellen in der Armee, den Gerichten und der ganzen Verwaltung hinaus und vertreibt diese sehr fetten Posten an ihre Anhänger. So lange die Bonapartisten hoffen durften, bald wieder an's Ruder zu kommen, konnten sie die mit dieser Amtsaustritt verbundenen materiellen Nachteile verschmerzen. Der Tod des Prinzen aber hat unbedingt die Erfüllung der Hoffnungen der Bonapartisten auf's Unabsehbare hinaus vertagt. Ein Theil derselben wird sich aus materiellen Gründen schon der Republik nähern, wo es gute Stellen zu bejagen und reiche Gehälter zu verzehren giebt.

Bergeben hieß der Befreiung Ägyptens seine Absehung aufzuhalten. Der Schuldenmacher am Nil entschiede zwar Talaat Pasha in besonderem Auftrage nach Konstantinopel und ließ von dort seinen Vertreter Abdallah Pasha nach Cairo kommen, um die Stimmung des Sultans über seine Absehung kennen zu lernen, aber ehe die beiden Pashas ihre Reiseziele erreicht hatten, mußte sich Jomail bequemen, in seine Absehung zu willigen. Seine letzte Hoffnung war Russland. Dieses hat sich bisher dem Schritte der beiden Westmächte nicht angeschlossen. Über die Haltung Bismarck's hierüber hört man, daß, als ihn die Westmächte fragten, ob er ihre Precision zur Absehung des Khedive billige? er antwortete: er würde sich Österreichs Ansichten hierüber anschließen. Dieses billigte das Vorgehen Frankreichs und Englands; so kam auch Deutschland zur Billigung der Absehung Jomails. Nun kommen aber die Schwierigkeiten. Die Westmächte übernehmen, indem sie einen neuen Herrscher in Egypten einsetzen, auch die Garantien für dessen bessere Regierung.

Zu den inneren Fragen Deutschlands übergehend, so verzeichnen wir es mit Genugthuung als einen Erfolg manhafter Vertheidigung guter Rechte der Mittelstaaten, daß das Eisenbahngesetz nicht noch auf die brechend volle Tafel des jüngsten Reichstages gestellt wird. Fürst Bismarck hat erkannt, daß das Austragen dieser neuzeitlichen und schwersten Schlüsse die von Zoll- und Steueraffischen bereit starkevogene Tafel ganz umwerfen könnte. Ueber

die aus dem Inhalte jener Eisenbahngesetz der Gesundheit der Mittelstaaten drohenden Gefahren sind sie übrigens durch das Beratungen der Frage keineswegs hinweg. Aufpassen! Vorsicht! Die Taschen zugehalten! Fest zusammen gestanden! Hingegen zweifelt Niemand mehr an dem Durchbringen der Zoll- und Steuerfragen. Die Nationalliberalen haben ihren Widerstand vollauf aufgegeben. Warum waren sie denn so gegen die Schutzolle? Weil unter deren Gestaltung die „krauslopfigen Handelsleute“ nicht so viel „machen und schwärmen“ können. Noar verbargen sie diesen nochen Grund ihres Widerstrebens unter heuchlerischen Phrasen, daß man dem armen Mann das zum Leben Notwendige nicht vertheilen möge. Aber daß diese Thränen für das belliogenwerthe Geschick des armen Mannes nur Krolobisthären waren, zeigt ihre Vereitschaft, hohe Finanzsätze und mächtige Stärkung der indirekten Abgaben zu beflügeln. Bei diesen zählt der reiche Schachter nicht mehr als der einfache Arbeiter. Darum kümmern sie sich auch den Aufstieg um die Garantien, daß die indirekten Steuern nicht übermäßig erhöht oder zur Steuererleichterung auf anderem Gebiete vermieden werden. Das Centrum schlägt sehr beachtliche Bürgeleien dafür vor: sowohl die Beibehaltung mäßiger Matrikularkörbe als die Vertheilung des Überschusses der Zölle und der Tabaksteuer an die Einzelstaaten, als auch die Bewilligung der Zölle nur bis zum Ablauf des Militärsystems, als endlich die Garantie, daß die Überschüsse wirklich zur Entlastung der Steuerzahler verwendet werden, sind wertvolle Mittel, den Steuerdruck hinauszubauen. Diese Vorschläge sucht aber das Haupt der Nationalliberalen, v. Bemmigen, durch eliche Scheinbürgschaften zu durchkreuzen. Und da die Nationalliberalen weder für die Not und den Steuerdruck, dem der arme Mann unterliegt, ein Herz, noch für Behauptung des Verfassungsrechts den Mut, wohl aber das heilige Verlangen nach dem Einheitsstaate und die größte Furcht vor einer gewissen Ungnade haben, so werden sie Recht und Freiheit, wie so oft, auch hier in den Wind schlagen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Berlin, 24. Juni. Bezuglich der Frage der konstitutionellen Garantien verlautet: Beide konervative Fraktionen hätten sich mit dem Centrum dahin verabredet, dem 1. Theile des v. Frankensteinschen Antrages zuzustimmen, wonach ein gemeinscher Beitrag der Zölle und der Tabaksteuer den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der bisherigen Matrikularkörbe überwiegen werden soll. Man wird den Durchschnitt des bisherigen Ertrags der Zölle und der Tabaksteuer von 3 Jahren ermitteln und das, was durch die neuen Zölle und die neue Tabaksteuer darüber hinaus erzielt wird, verteilen. Voraussetzung ist dabei, daß die Tabaksteuer in einer der Tabakvorlage entsprechenden Höhe bewilligt wird. Dagegen läßt das Centrum den 2. Frankensteinschen Antrag fallen, wonach gewisse Zölle (Kaffee und Salz) nur auf Zeit, alljährlich und vorläufig nur bis zum Ablauf des militärischen Septembats bewilligt werden sollen. Alle Zölle und Reichsteuern flössen vielmehr zur Reichsfinanz Überweisung an die Einzelregierungen. Die Feststellung der Höhe der Matrikularkörbe bleibt noch wie vor der Zustimmung des Reichstags abhängig.

Berlin, 24. Juni. Der Staatsrat legte die Tarifberatung fort. Letzter gerechnete er den Wert der sämtilichen Zölle in Art. 26 unverändert und nahm mit 184 gegen 79 Stimmen den Zoll auf Salz ab (5 Mark pro Kettner). An diesen Stellungsabzug Abg. Richter-Hagen beantragte batte. Die vorläufig feststehenden wurden nach der Vorlage genehmigt, nur der Steuerzoll von 6 auf 10 M. erhobt; unverändert angenommen wurden die Zölle für Zellwolle, Seltene, Karton, Papier, Spielkarten, bei Art. 33, Steine und Steinwaren, wurde die Erhöhung des Zolls für Dachziegel und Dachziegelpflaster von 20 auf 50 Pf. beschlossen.

Berlin, 24. Juni. Die „M. A. Z.“ fordert: Beide konervative Fraktionen red. Reichstag seien sich vor die Nationalliberalen gestellt, während den Anteilen des Nationalliberalen (v. Bemmigen) und des Centrums (v. Frankensteins) bezüglich der Bedingungen zu entscheiden, die an die Bewilligung der Finanz- und der Tabaksteuer gestellt werden sollen. Die konserватiven haben die alljährliche Feststellung der Höhe der Zollzüge und der Abgabe für Salz nicht als eine wünschenswerthe Zulage für die schwedende Frage zu erachten vermocht, zumal, da dadurch das im Beratungsbüro 6 garantirte Brändledecht Preußen sonst wäre. Die konserватiven erklärten dagegen in Alinea 1 des Frankensteinschen Antrags lediglich den formellen Ausdruck eines Prinzips, welches eine Genehmigung der Reichsabteilung bestehender Verhältnisse nicht enthält. Dem gegenüber entschloß sich das Centrum, Alinea 2 des Frankensteinschen Antrags aufzugeben. Es dachten demnach die Stimmen beider konservativen Fraktionen und des Centrums sich auf Alinea 1 des Frankensteinschen Antrags vereinen, falls die Tabaksteuer in einer angemessenen, dem Zwecke der Tabakvorlage entsprechenden Höhe bewilligt wird.

Berlin, 24. Juni. Die Zolltarifkommission nahm in 2. Sitzung die Positionen Glas, Glaswaren, Kärtze, Waaren, Roh- und Bastwaren, Baumwollen unverändert nach der 1. Sitzung an. Bei den Zöllen auf Baumwolle und Baumwollwaren beantragte Abg. Dr. Windhorst im Interesse der Weberei und Spinnerei eine Erhöhung der baumwollseidenen Garne. Doch wurde dies abgelehnt und beschlossen, sowohl dem ein wie zweidrähtigen Baumwollgarn die Staffel über Art. 45 nicht mit Art. 50, sondern 60 abholzen zu lassen. Die Wollzölle wurden nach Höhe der 1. Sitzung beibehalten, nur bei den 2. Einengungen wurden einige kleine Winderungen zu Gunsten der kleinen Unternehmen vorgenommen. Zu deutlicher Abwendung bediente die Beratung der konstitutionellen Garantien.

London, 24. Juni. Die Königin hat der Kaiserin Eugenie einen Willkürbeschluß abgesetzt. In dem Zustande der Kaiserin ist eine wesentliche Verbesserung eingetreten. Rouher hat Gutsfeldburg wieder verlassen.

Vocales und Sächsische.

— XX. M. der Königin und die Königin haben dem jungen Prinzen verheirathet. Der Prinzessin Sophie, den Großprinzen von Holstein und der Prinzessin von Sachsen und Thüringen, eine dreihundert vierzigkaratige Teuerung von Silber und

Nacht-Telegramme.

Wilhelmsburg soll nun mehr die meisten Ausführungen auf diesen beiden haben. Die sächsische Regierung gab die Absicht auf, sich bei der Ankunft des Fürsten von Bulgarien in Sofia durch einen deontierten Repräsentanten vertreten zu lassen. Ein probatorischer Handelsvertrag ist zwischen Serbien und Rumänien unterschrieben worden.

Wien, 24. Juni. Die Reichsratswochen haben heute begonnen. In den 7 Landgemeinden Österreichs wurden 7 Kommandos ausgesetzt, in 5 Landgemeinden Kraut und 5 Nationale, worunter Graf

Hohenwart, in 10 Landgemeinden Niederösterreichs 8 liberale und 1 konservative gewählt. Aus einem Wahlbezirk steht noch das Ergebnis aus.

Berlin, 24. Juni. Ein Bericht der Kommission für den Antrag des Abg. Stumm beantragt, den Reichstag anzuordnen, im nächsten Trunkfest bald einen Gesetzesentwurf, betreffend die Errichtung von Invaliden- und Alterverhörfeststätten für Fabrikarbeiter vorzulegen.

Dresden. Mittwoch, 25. Juni.

Witterungsaussichten: Reist trüb, stellenweise Regen.

Dresden. Mittwoch, 25. Juni.

Meißner Vorwahl als Hochzeitsgeschenk überreicht Teller und Löffel waren tiefblau und gold und mit Meißlungen der Vandaer und Schleier aus dem Königreiche Sachsen geschmückt, die in der Verlobungshochzeit der sächsischen Neubraut eine Rolle gespielt hatten.

Unter Feuerung Et. Kre. Ich. Ich. Heim. Kriegsmannschaft v. Fabrik und der Herren Obersten à Würzburg und Göring befindet sich Montag Mittag Et. Kre. der kommandierende General des V. Armeekorps (Posen), v. Kirschbach, die Militärakademie der Albertstadt und sprach keine weitere Anerkennung aus. Die Regimenter trugen den großen Dienstanzug.

Die sinnige und yetzähnliche Sitte, an einem Tage des Jahres eine besondere Gedächtnissfeier für die Verstorbenen in ehrster Weise zu begehen, hat in allen Zeiten und bei allen Völkern bestanden und der von der katholischen Kirche fantholite Allerseelenstag ist bei allen Völkern nichts eine so erfreute Stimmung hervorgerufen. Seit dem Jahre 1848 machen haben in unserer Stadt die protestantischen Familien den Johannistag, d. i. den 24. Juni als Trauer- und Gedenktag für die Verstorbenen in ihrer Familie aus, um die Leichen am Tag davor auszubringen. Seit dem Jahre 1848 machen haben in unserer Stadt die protestantischen Familien den Johannistag, d. i. den 24. Juni als Trauer- und Gedenktag für die Verstorbenen in ihrer Familie aus, um die Leichen am Tag davor auszubringen. Seit dem Jahre 1848 machen haben in unserer Stadt die protestantischen Familien den Johannis-

Tag als Hochzeitstag feiert und verlobt und das Hochzeitstag der Braut und des Bräutigams ist eine sehr wichtige Feierlichkeit in der umherschweifenden und röhrenden Weise durch Schmückung des Grabes ihrer Lieben mit Blumen und Kränzen geziert. Auf dem Meusdorfer Friedhof waren auch die 15-tige „Majader“ der Soldaten und die großen Grabblätter der Kämpfer aus den Jahren 1866, 1870 und 1871 durch die Militärbehörde reich mit Blumen und Guirlanden geschmückt.

Der Landeskulturrat ist beendet gestern die Berathungen seiner 13. Sitzung. Der letzte Sitzung hatte um Mittlung der Erklärungen gebeten, die bei den mit der Universität Leipzig verbündeten landwirtschaftlichen Akademie gemacht werden sind. Eine Ministerialverordnung nies den Landeskulturrat am, sich darüber auszulassen. Von Schulte-Dietrichson ist die Ausführung ist: Die Organisation des Instituts erfordert den Landeskulturrat im Großen und Ganzen als zweckmäßig an und bestreut, daß Cultusministerium die Ausbildung der landwirtschaftlichen Akademie auch ferner im Uinge behalten werde. Zur Aufnahme an das Institut von deutschen Reichsangehörigen mindestens das Reifezeugnis für den Gymnasial-Abschluß zu verlangen. Die Anerkennung eines Cultus-Lehrers, sobald eine passende Stelle sich findet, ist zweckmäßig, etwaige andere Stellen in den Lehrgangständen aber zunächst thunlichst mittelst gegenwärtiger Ergründung durch die im Bereich der Universität thätigen Lehrkräfte auszuholen. Wie kommen des Räther morgen darauf heraus, daß die gegenwärtigen Tarifverbindnisse für die lädt. Landwirtschaft und Kleingewerbetreibenden kaum ertraglich seien, nur der Handel, der Zude gezwungen. Um den Kleinstabellengesetzen ein Paroli zu legen, beantragte er, die Regelung zu erlauben, im Bundebrat ein Kleinstabell zu beanspruchen, dabin gehend, daß die zu einem nicht zu fernen Termine alle Gewerkschaften des Deutschen Reiches die in ihrem Bereichsgesetz verordneten Verhältnisse ausgenommenen Gewerkschaften auszuholen und für ihre Steuerung in Betrieb zu nehmen haben". Uhlemann-Götz und v. Trischdorff erklärten sich gegen diesen Antrag, weil er sie nicht an die von der Regierung gestellten Fragen anstelle. Für den beiden stimmten nur außer dem Referenten selbst v. Süderberg-Bornitz und Meissner. Beschlissen wurde, Nutzungen von Zeller und v. Trischdorff entsprechend: die Regierung möge ihre Vermögensdaten darstellen, daß die Akademie auch weiterhin die geringe Verhältnis der Akademie zu den Gewerken nicht zu nehmen habe". Uhlemann-Götz und v. Trischdorff erklärten sich gegen diesen Antrag, weil er sie nicht an die von der Regierung gestellten Fragen anstelle. Für den beiden stimmten nur außer dem Referenten selbst v. Süderberg-Bornitz und Meissner. Beschlissen wurde, Nutzungen von Zeller und v. Trischdorff entsprechend: die Regierung möge ihre Vermögensdaten darstellen, daß die Akademie auch weiterhin die geringe Verhältnis der Akademie zu den Gewerken nicht zu nehmen habe". Uhlemann-Götz und v. Trischdorff erklärten sich gegen diesen Antrag, weil er sie nicht an die von der Regierung gestellten Fragen anstelle. Für den beiden stimmten nur außer dem Referenten selbst v. Süderberg-Bornitz und Meissner. Beschlissen wurde, Nutzungen von Zeller und v. Trischdorff entsprechend: die Regierung möge ihre Vermögensdaten darstellen, daß die Akademie auch weiterhin die geringe Verhältnis der Akademie zu den Gewerken nicht zu nehmen habe". Uhlemann-Götz und v. Trischdorff erklärten sich gegen diesen Antrag, weil er sie nicht an die von der Regierung gestellten Fragen anstelle. Für den beiden stimmten nur außer dem Referenten selbst v. Süderberg-Bornitz und Meissner. Beschlissen wurde, Nutzungen von Zeller und v. Trischdorff entsprechend: die Regierung möge ihre Vermögensdaten darstellen, daß die Akademie auch weiterhin die geringe Verhältnis der Akademie zu den Gewerken nicht zu nehmen habe". Uhlemann-Götz und v. Trischdorff erklärten sich gegen diesen Antrag, weil er sie nicht an die von der Regierung gestellten Fragen anstelle. Für den beiden stimmten nur außer dem Referenten selbst v. Süderberg-Bornitz und Meissner. Beschlissen wurde, Nutzungen von Zeller und v. Trischdorff entsprechend: die Regierung möge ihre Vermögensdaten darstellen, daß die Akademie auch weiterhin die geringe Verhältnis der Akademie zu den Gewerken nicht zu nehmen habe". Uhlemann-Götz und v. Trischdorff erklärten sich gegen diesen Antrag, weil er sie nicht an die von der Regierung gestellten Fragen anstelle. Für den beiden stimmten nur außer dem Referenten selbst v. Süderberg-Bornitz und Meissner. Beschlissen wurde, Nutzungen von Zeller und v. Trischdorff entsprechend: die Regierung möge ihre Vermögensdaten darstellen, daß die Akademie auch weiterhin die geringe Verhältnis der Akademie zu den Gewerken nicht zu nehmen habe". Uhlemann-Götz und v. Trischdorff erklärten sich gegen diesen Antrag, weil er sie nicht an die von der Regierung gestellten Fragen anstelle. Für den beiden stimmten nur außer dem Referenten selbst v. Süderberg-Bornitz und Meissner. Beschlissen wurde, Nutzungen von Zeller und v. Trischdorff entsprechend: die Regierung möge ihre Vermögensdaten darstellen, daß die Akademie auch weiterhin die geringe Verhältnis der Akademie zu den Gewerken nicht zu nehmen habe". Uhlemann-Götz und v. Trischdorff erklärten sich gegen diesen Antrag, weil er sie nicht an die von der Regierung gestellten Fragen anstelle. Für den beiden stimmten nur außer dem Referenten selbst v. Süderberg-Bornitz und Meissner. Beschlissen wurde, Nutzungen von Zeller und v. Trischdorff entsprechend: die Regierung möge ihre Vermögensdaten darstellen, daß die Akademie auch weiterhin die geringe Verhältnis der Akademie zu den Gewerken nicht zu nehmen habe". Uhlemann-Götz und v. Trischdorff erklärten sich gegen diesen Antrag, weil er sie nicht an die von der Regierung gestellten Fragen anstelle. Für den beiden stimmten nur außer dem Referenten selbst v. Süderberg-Bornitz und Meissner. Beschlissen wurde, Nutzungen von Zeller und v. Trischdorff entsprechend: die Regierung möge ihre Vermögensdaten darstellen, daß die Akademie auch weiterhin die geringe Verhältnis der Akademie zu den Gewerken nicht zu nehmen habe". Uhlemann-Götz und v. Trischdorff erklärten sich gegen diesen Antrag, weil er sie nicht an die von der Regierung gestellten Fragen anstelle. Für den beiden